

5. April 2024

unter Beachtung der Begrenzung von **750 Zeichen** je Antw

1. Steuerberater und Steuerberaterinnen im Europäischen Binnenmarkt

Um Mandanten auch künftig eine moderne und qualitativ hochwertige Dienstleistung bieten zu können, befinden sich Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungskanzleien in Deutschland inmitten der digitalen und nachhaltigen Transformation. Dies erfordert erhebliche Investitionen sowohl in Know-how als auch in Infrastruktur. Grundlage für den Erfolg dieser Investitionen ist insbesondere ein stabiler berufsrechtlicher Rechtsrahmen im Europäischen Binnenmarkt.

•

Sollten die berufsrechtlichen Regeln der Steuerberater und Steuerberaterinnen in Deutschland mit ihren hohen Standards Bestand haben? Oder sollten diese als Hindernisse im Zuge der Vertiefung des Europäischen Binnenmarkts beseitigt werden?

Für die SPD sind die berufsrechtlichen Regeln von Steuerberaterinnen und Steuerberatern ein Garant für qualitativ hochwertige Dienstleistungserbringungen. Das anerkannte und gut funktionierende System der Steuerberatung in Deutschland sollte auch in einem vertieften Binnenmarkt erhalten bleiben. Grundsätzlich begrüßt die SPD eine verhältnismäßige Harmonisierung des Berufszugangs in der Europäischen Union, um die Niederlassungsfreiheit und Dienstleistungsfreiheit innerhalb Europas zu stärken. Dies darf aber nicht dazu führen, dass darunter Qualität, insbesondere die Ganzheitlichkeit der angebotenen Dienstleistungen abnimmt, oder ein Wettbewerb entsteht, der Gebühren von Anbietern und damit auch die Löhne von Angestellten unangemessen untergräbt.

2. Berufsrecht von Steuerberatern und Steuerberaterinnen im digitalisierten Binnenmarkt

Die Dienstleistungsrichtlinie folgt dem Prinzip des Ziellandprinzips, wonach Dienstleister die gesetzlichen Anforderungen im Bestimmungsland einhalten müssen. Doch wird der Europäische Dienstleistungsmarkt stets digitaler. Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung „Digitale Zukunft Europas: digitaler Binnenmarkt und Einsatz von KI für europäische Verbraucher“¹ etwa festgestellt, dass auf dem digitalen Binnenmarkt andere Herausforderungen herrschen als auf traditionellen Märkten.

•

Wie ist Ihre Position zum Erhalt des Ziellandprinzips in einem digitalisierten Binnenmarkt für Dienstleistungen einschließlich der Steuerberatung?

Die SPD steht zum Binnenmarkt als einem der Grundpfeiler der erfolgreichen europäischen Integration. Wichtig für dessen Erfolg ist auch das Ziellandprinzip. Im digitalen wie analogen Binnenmarkt könnte man verhältnismäßig fortschreiten in der Harmonisierung und betrachten, wo eine ausgewogene Fortentwicklung der Regeln sinnvoll erscheint. Aber wir wollen keinen europäischen Wettbewerb fördern, der ausschließlich auf den niedrigsten Preis setzt. Einen existenzbedrohenden Wettbewerb durch Billigkonkurrenz, die nicht dieselben Anforderungen in Bezug auf Sozial- oder Steuerstandards haben, lehnen wir als unfair ab. Für

die SPD soll Wettbewerb auf dem Markt auch Gesichtspunkte, wie Qualität, Verbraucher:innenschutz und Verantwortung umfassen.

3. Die Rolle von Steuerberatern und Steuerberaterinnen im Kampf gegen aggressive Steuerplanung und Steuerhinterziehung

In Deutschland sind Steuerberater und Steuerberaterinnen ein gesetzlich verankertes, unabhängiges Organ der Steuerrechtspflege mit Prozessführungsbefugnissen. Aufgrund dieser Stellung gelten sie als unerlässliches Bindeglied zwischen Mandant und Finanzbehörde, die ein möglichst reibungsloses Verfahren in Steuerangelegenheiten gewährleisten.

Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung „Lehren aus den Pandora-Papers und anderen Enthüllungen“ dagegen einen Vorschlag über die Regulierung von Intermediären, also grundsätzlich auch von Steuerberatern und Steuerberaterinnen, begrüßt, die Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung erleichtern und in diesem Zusammenhang konsequente Maßnahmen gegen Intermediäre gefordert.

•

Sollen Steuerberater und Steuerberaterinnen in Deutschland Ihrer Ansicht nach vom Anwendungsbereich eines solchen Rechtsakts umfasst sein?

Zahlreiche Veröffentlichung von umstrittenen Unterlagen, wie Pandora, Panama-Papers oder Cum-Ex, verdeutlichen, dass es grenzüberschreitende Steuervermeidungsstrategien gibt an denen sich Unternehmen und Personen zum Schaden der Allgemeinheit beteiligen. Es ist daher nicht verkehrt, dass in einem möglichen künftigen Rechtsakt auch Steuerberaterinnen und Berater in Deutschland von einer solchen Regelung umfasst sind. Sie könnten von einem klaren Rechtsrahmen profitieren und ihren Mandant:innen gute und rechtssichere Beratung anbieten. Durch Berücksichtigung bestehender Regelungen ließen sich neue Anforderungen reduzieren und durch strenge Anforderungen für Drittstaaten eine Abgrenzung von sogenannten ‚verdorbenen Äpfeln‘ erreichen.

4. Entlastung für Kanzleien und Mandanten

Neben der in der eigenen Kanzlei anfallenden Bürokratie sind die beratenden und prüfenden Berufe als erste Ansprechpartner von klein- und mittelständischen Unternehmen gleich mehrfach von den derzeitigen bürokratischen Belastungen betroffen. Ein Abbau von Bürokratie würde für europäische Unternehmen nicht allein einen Wettbewerbs- und Standortvorteil darstellen, sondern zugleich auch den bestehenden Fachkräftemangel mildern.

•

Welche Maßnahmen erachten Sie für sinnvoll, um in der kommenden Wahlperiode eine wirksamere Bürokratiebremse und den konsequenten Abbau unnötiger oder wirkungsarmer Bürokratie sicherzustellen?

Unser Ziel ist es in Europa keine Mehrfachbelastungen für kleine und mittlere Unternehmen zu schaffen, sondern notwendige Maßnahmen so bürokratiearm wie nur möglich umzusetzen. So hat sich die SPD beispielsweise bei der europäischen Lieferkettenregelung dafür eingesetzt, dass die zum Teil übliche Praxis der Weitergabe von Rechenschaftspflichten – der Versuch einer Verantwortungsverschiebung – an kleinere Unternehmen, so nicht weiter stattfinden soll.

Darüber hinaus kann Digitalisierung eine riesige Chance sein, um notwendige Berichte zu vereinfachen und zu flexibilisieren. Viele auch kleine und mittlere Unternehmen sind hier bereits Vorreiter. Das müssen wir in der kommenden Legislatur noch stärker mitdenken als bisher.